



Agrarministerin besucht Landshut-Schönbrunn

Erst vor wenigen Tagen hatte Ministerpräsident Markus Söder sie als neue bayerische Staatsministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in sein Kabinett berufen – nun nahm Michaela Kaniber (CSU, Zweite von links) am Fest zum 30-jährigen Jubiläum der Staatlichen Fachschule für ökologischen Landbau und an der Verabschiedung der Landwirtschaftsmeister am Agrarbildungszentrum Landshut-Schönbrunn teil. Begleitet wurde die Ressortchefin von ihrem Referenten für Fachschulen und Meisterausbildung in Landwirtschaft und Gartenbau, Michael Karrer (rechts). Gemeinsam mit der niederbayerischen CSU-Bezirksrätin Cornelia Wasner-Sommer (Zweite von rechts) ließ sich die Ministerin im Anschluss an die Feier vom Direktor des Agrarbildungszentrums, Thomas Schneidawind (links) durch die ansässigen Bildungseinrichtungen führen. Schneidawind, der neben dem Agrarbildungszentrum des Bezirks Niederbayern auch die Staatliche Fachschule für Gartenbau leitet, erläuterte beim Rundgang die weitreichende Historie

des Agrarbildungszentrums und gab Einblicke in die Meisterausbildung an der Gartenbauschule. Da der Garten- und Landschaftsbau derzeit einen starken Aufwärtstrend erlebt, könne die Schule nur etwa 50 Prozent der Anmeldungen bewältigen, so Schneidawind. Wer sich für die Meisterausbildung im Fachbereich Garten- und Landschaftsbau in Landshut-Schönbrunn interessiert, muss daher ein Auswahlverfahren durchlaufen, um aufgenommen zu werden. Bessere Aussichten auf einen Platz an der Fachschule haben Zierpflanzen- und Staudengärtner. Auf großes Interesse der neuen Landwirtschaftsministerin, die aus dem Berchtesgadener Land gebürtig ist, stieß auch die nächste Station beim Rundgang: der ökologisch bewirtschaftete, landwirtschaftliche Lehrbetrieb mit extensiver Mutterkuhhaltung. Durch den Musterbetrieb haben Schüler und Studierende der verschiedenen Schulen am Agrarbildungszentrum die Möglichkeit, ihr erlerntes theoretisches Wissen in der Praxis zu erproben.

> SABINE BÄTER FOTO BREITENSTEIN

Oberbayerns Bezirkstagspräsident Josef Mederer über den neuen psychiatrischen Krisendienst

„Mit unserem Angebot spart das Gesundheitssystem“

An 365 Tagen im Jahr, immer von 9 bis 24 Uhr, steht der neue psychiatrische Krisendienst bereit, um Menschen in massiven seelischen Notlagen zu helfen. Das Projekt ist nicht billig. Oberbayerns Bezirkstagspräsident sieht aber trotzdem viele Vorteile und hält es für unverzichtbar.



Josef Mederer ist seit 2008 Präsident des Bezirkstags von Oberbayern.

FOTO BSZ

BSZ Herr Mederer, sind Sie zufrieden, dass jetzt die zentrale Unterbringungsdatei aus dem Gesetzentwurf herausgestrichen ist?

MEDERER Ja, ich bin sehr zufrieden. Die Wende ist auch gelungen, weil unsere neue Sozialministerin Kerstin Schreyer ein offenes Ohr für unsere Verbesserungsvorschläge hatte. Ohne Korrekturen hätte das Negative an dem Gesetzentwurf dessen positive Seiten völlig überlagert. So ist beispielsweise die Schaffung von Krisendiensten in ganz Bayern ein äußerst positiver Schritt, der gut für die Menschen ist.

BSZ Was gibt es noch Neues?

MEDERER Im Bezirk Oberbayern haben wir faktisch das Modell für einen bayernweiten Krisendienst etabliert. Nun gehen wir noch einen Schritt weiter. Ab Herbst dieses Jah-

res, wenn das neue Gesetz in Kraft tritt, werden wir die Erreichbarkeit des Krisendienstes schrittweise zu einem 24-Stunden-Angebot an sieben Tagen die Woche ausbauen. Damit können Menschen in seelischen Notlagen rund um die Uhr wohnortnahe und qualifizierte Hilfe erhalten.

BSZ War das bisher nicht so?

MEDERER Nein. Aktuell ist die Leitstelle nur von 9 bis 24 Uhr an 365 Tagen im Jahr erreichbar.

BSZ Was kostet der psychiatrische Krisendienst in Oberbayern?

„Jährliche Kosten von 7,5 Millionen Euro“

MEDERER Für die rund 4,5 Millionen Bürger in 20 Landkreisen und drei kreisfreien Städten schlägt er pro Jahr mit 7,5 Millionen Euro zu Buche.

BSZ Zahlt das alles der Bezirk Oberbayern?

MEDERER Ja, noch zahlen wir das alleine. Der Freistaat will, wenn das

PsychKHG in Kraft tritt, die Kosten für die Leitstellen übernehmen. Aber die Krankenkassen weigern sich, sich an den Kosten zu beteiligen. Dabei profitieren sie vom Krisendienst. Denn es können sehr viele Notarzteinsetze und Kosten für stationäre Krankenhausaufenthalte vermieden werden.

BSZ Wieso?

MEDERER Weil durch den Krisendienst ein wohnortnahe, qualifiziertes und passgenaues Hilfeangebot für Menschen in seelischen Notlagen geschaffen wurde. Dieses Angebot spart dem Gesundheitssystem Kosten. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass sich die Krankenkassen endlich daran beteiligen.

BSZ Wie arbeitet der Krisendienst?

MEDERER Ein Gespräch mit der Leitstelle dauert im Durchschnitt 23 Minuten. Im Rahmen dieses Gesprächs wird über das weitere Vorgehen entschieden. So kann der Anrufer, der in einer psychischen Notlage ist, entweder unmittelbar durch das Telefonat entlastet werden und es ist keine weitere Hilfe nötig. Oder es wird ihm taggleich ein ambulanter Beratungstermin beim Sozialpsychiatrischen Dienst in seinem Landkreis vermittelt. Bei Bedarf wird ein ambulanter medizinischer Termin in einer wohnortnahen Psychiatrischen Institutsambulanz oder ein Termin zur stationären medizinischen Behandlung vermittelt. In Oberbayern erfolgt das in der Regel in den Klini-

ken des Bezirks Oberbayern (kbo). Es sind aber auch niedergelassene Ärzte und weitere medizinische Behandlungsangebote Mitglied im bundesweit einmaligen Netzwerk des Krisendienstes.

BSZ Wie geht der Krisendienst bei schweren psychiatrischen Notlagen vor?

MEDERER Dann rückt der mobile Dienst aus. Die Einsatzteams führen Hausbesuche durch, um akute Krisen zu deeskalieren. Das Ziel ist immer, dass die betroffenen Menschen auf jeden Einzelfall abgestimmt die bestmöglichen wohnortnahen Behandlungsangebote bekommen. Die mobilen Einsätze dauern durchschnittlich 100 Minuten. Das zeigt, die Teams nehmen sich viel Zeit, um die Betroffenen zu stabilisieren. Das alles spart nicht nur Kosten für die stationäre Versorgung, sondern trägt vor allem zur Entstigmatisierung der Betroffenen bei. Wenn Menschen in seelischen Notlagen nah an ihrem sozialen Umfeld gesehen können, ist das ein wichtiger Schritt zu mehr Teilhabe und Inklusion.

BSZ Inwiefern?

MEDERER Weil dann kein Rettungsdienst mit Notarzt und Polizei mehr ins Wohngebiet ausrückt und durch den Blaulichteinsatz nicht mehr die gesamte Nachbarschaft auf die seelische Notlage eines Betroffenen aufmerksam gemacht wird. Die mobilen Einsätze des Krisendienstes

laufen mit größtmöglicher Diskretion ab.

BSZ Wie sind denn die bisherigen Erfahrungen mit dem Krisendienst?

MEDERER Der Dienst wurde in Oberbayern bis Oktober 2017 flächendeckend

„Zahl der Anrufe stieg in einem Jahr um 43 Prozent“

aufgebaut. Im Jahresverlauf gab es rund 21 000 Anrufe. Im Januar 2017 waren es noch 1382 Anrufe; bis Dezember 2017 ist die Zahl der Anrufe auf monatlich 1971 gestiegen. Das ist ein Plus von 43 Prozent.

BSZ Wann erfolgen denn die meisten Anrufe?

MEDERER Vormittags zwischen 9 und 12 Uhr. Die Anrufer sind im Durchschnitt 41,7 Jahre alt. 56 Prozent von ihnen sind weiblich, 35 Prozent männlich und der Rest wollte keine Angabe über sein Geschlecht machen.

BSZ Wie dringend war es den Betroffenen bei den Telefonaten, Hilfe zu bekommen?

MEDERER 32 Prozent der Fälle war akut. Das bedeutet, dass innerhalb von 24 Stunden Hilfe nötig war.

BSZ Wie sah denn anhand der Statistik das weitere Vorgehen bei den Anrufern aus?

MEDERER 64 Prozent der Anrufer wurden zum Beispiel an eine Beratungsstelle weiterempfohlen. Bei 21 Prozent war eine Krisenintervention mit Hausbesuch oder Besuch beim Sozialpsychiatrischen Dienst nötig. Sieben Prozent benötigten eine ambulante oder stationäre Behandlung und in nur 0,01 Prozent der Fälle mussten Polizei und Notarzt ausrücken.

BSZ Wie hoch war die Suizidgefahr?

MEDERER Bei den 1729 persönlichen Kriseninterventionen, die die Einsatzteams durchführten, spielte bei 35 Prozent Suizidalität eine Rolle. Dazu kann ich Ihnen gerne zwei Beispiele geben: In einem Fall wurde das mobile Einsatzteam von Angehörigen verständigt, weil sich ein junger Mann aus Liebeskummer vom Balkon stürzen wollte. Und in einem anderen Fall holte ein Partner den Krisendienst, weil seine Frau eine schwere depressive Episode durchlebte und Suizidgedanken äußerte. Bei beiden Fällen konnte der Krisendienst deeskalieren und ambulante therapeutische Nachsorge vermitteln, sodass kein Notarzteinsatz oder Klinikaufenthalt nötig war. Auch die Angehörigen und Partner wurden seelisch entlastet.

BSZ Kann dieser Krisendienst Vorbild für ganz Deutschland sein?

MEDERER Auf jeden Fall. Er ist jetzt schon ein Vorbild für andere Bundesländer.

Interview: RALPH SCHWEINFURTH

Ehrenmedaille des Bezirks Oberfranken in Gold für den scheidenden Bezirkstagspräsidenten Günther Denzler

„Geradlinig, verlässlich und konsequent“

Im Rahmen einer Feierstunde erhielt Günther Denzler mit der Ehrenmedaille des Bezirks Oberfranken in Gold die höchste Auszeichnung, welche die dritte kommunale Ebene vergeben kann. Der amtierende Bezirkstagspräsident ist damit erst die dritte Person, die für ihr herausragendes Engagement für Oberfranken mit dieser Auszeichnung geehrt wurde.

In seiner Laudatio hob der Bamberger Oberbürgermeister und Bezirkstagsvizepräsident Andreas Starke (SPD) die Integrationskraft Denzlers und dessen Fähigkeit zur Vertrauensbildung heraus. „Du hast niemanden ausgegrenzt. Ganz im Gegenteil: Dir ist es zu verdanken, dass wir im oberfränkischen Bezirkstag ein konstruktives Klima zur Bewältigung der uns übertragene Aufgaben haben. Es ist Dir gelungen, Parteigrenzen zu über-

winden“, verdeutlichte Starke den einenden Politikstil Denzlers. Dieser sei immer „geradlinig, verlässlich und konsequent“, beschrieb Starke den Charakter des Geehrten. „Du kennst beinahe jede soziale Einrichtung in Oberfranken, hast viele auch selbst besucht. So ist es Dir möglich geworden, selbst mit den Menschen ins Gespräch zu kommen und nach tragfähigen Lösungen zu suchen“, unterstrich Starke.

Trotz der vielen Investitionen konnte der Bezirk Oberfranken in der Amtszeit Denzlers die Schulden von rund 28 Millionen Euro komplett zurückfahren. Zugleich habe Oberfranken den niedrigsten Hebesatz zur Bezirksumlage aller bayerischen Bezirke.

Diese kommunalfreundliche Politik unterstrich auch Josef Mederer, Präsident des Bayerischen



Laudator Andreas Starke (von links), Bezirkstagspräsident Josef Mederer, der geehrte Günther Denzler und Bezirkstags-Geschäftsführerin Stefanie Krüger.

FOTO PORSCH

Bezirkstages, in seinem Grußwort. Die Ehrenmedaille in Gold sei die Krönung der 15-jährigen Amtszeit Denzlers als Bezirkstagspräsident und eine hohe Auszeichnung für dessen Leistungen. „Dein Mut, Entscheidungen zu treffen, Deine Geradlinigkeit und Deine vorausschauende Politik sind vorbildlich. Du hast in den zurückliegenden Jahren die Identität Oberfrankens mitgestaltet“, lobte die oberfränkische Regierungspräsidentin Heidrun Piwer, die sich auch für die gute Zusammenarbeit zwischen Bezirk und Regierung bedankte.

Sichtlich beeindruckt von den zahlreichen Glückwünschen dankte Günther Denzler seinen Mitstreitern im Bezirkstag und seinen Mitarbeitern in der Bezirksverwaltung. Die zurückliegenden 24 Jahre, in denen er zunächst als

Bezirksrat und dann als Bezirkstagspräsident wirkte, seien eine interessante Zeit gewesen. „Ich war stets darum bemüht, einen Ausgleich der Interessen des Bezirks auf der einen Seite und unserer Kommunen als Umlagezahler auf der anderen Seite zu finden. Unsere Politik war immer verlässlich und kommunalfreundlich. Ich war stets davon überzeugt, dass in der Politik nur das kurzfristig richtig ist, was auch auf lange Sicht richtig ist“, offenbarte Denzler sein Politikverständnis, das seiner Meinung nach „in der großen Politik heute etwas abhandengekommen zu sein scheint“. Nachdem Denzler sich nicht mehr zur Wahl für den Bezirkstag stellt, freue er sich, ab Oktober mehr Zeit für seine Frau, seine Enkelkinder, seine Freunde und seinen Hund Harly zu haben.

> CHRISTIAN PORSCH